

CONV 209/02

WG V 7

**VERMERK**

---

des	Sekretariats
für	die Gruppe V "Ergänzende Zuständigkeiten"
Betr.:	<b>Kurzniederschrift über die Sitzung vom 17. Juli 2002</b>

---

Der Vorsitzende dankte den Mitgliedern der Gruppe für die dem Sekretariat übermittelten Beiträge und bat alle Verfasser um inhaltliche Erläuterungen zu ihren Dokumenten (WD 006 bis 011 WGV). In der Aussprache, die sich an die Erläuterungen aller vorgelegten Beiträge - darunter auch eines vom Vorsitzenden erarbeiteten Papiers (WD 005 WGV) - anschloss, konnte festgestellt werden, dass zu bestimmten Positionen weit gehende Übereinstimmung besteht oder erreicht werden kann und die Unterschiede in den einzelnen Auffassungen nicht sehr groß sind.

Mit den Überlegungen in der Gruppe wird bezweckt, das derzeitige System zu straffen und schematisch zu ordnen, für den Bürger klarer und überschaubarer zu machen, und gleichzeitig Informationen über die Personen, die als die wichtigsten Verantwortungsträger betrachtet werden können, und deren Verantwortlichkeiten zu liefern.

Als eine Vorgehensweise scheint sich aus den Arbeiten herauszukristallisieren, dass es zweckmäßig wäre, für den künftigen Vertrag ein neues Kapitel zum Thema Zuständigkeiten zu verfassen, in dem die allgemeinen Grundsätze und gegebenenfalls besondere Vorschriften für die Ausübung dieser Zuständigkeiten durch die Union dargelegt würden.

Würden zu Beginn dieses neuen Kapitels verschiedene Grundsätze (Subsidiarität, Verhältnismäßigkeit, Zuweisung von Zuständigkeiten usw.) klar und systematisch aufgeführt, könnte in allen weiteren Artikeln des Vertrags, die die Ausübung von Zuständigkeiten betreffen, eine Bezugnahme darauf entfallen.

Die meisten Mitglieder waren dafür, den in den Verträgen bereits enthaltenen Grundsatz der Kompetenzzuweisung noch eindeutiger zu formulieren, und dabei hervorzuheben, dass alle Zuständigkeiten, die nicht auf die Union übertragen werden, weiterhin bei den Mitgliedstaaten liegen. Dagegen standen die meisten Teilnehmer an der Sitzung dem Vorschlag, eine Liste der Zuständigkeiten der Mitgliedstaaten zu verfassen, eher ablehnend gegenüber. Eine solche Liste könnte dem Grundsatz der Kompetenzzuweisung eher abträglich und zwangsläufig nicht erschöpfend sein oder könnte die künftige Entwicklung der Union durch Einführung einer gewissen Rigidität in das System hemmen.

Einige Gruppenmitglieder schlugen vor, die ergänzenden Zuständigkeiten als Zuständigkeiten der Mitgliedstaaten zu definieren, bei denen die Union gegebenenfalls unterstützende, ergänzende oder koordinierende Maßnahmen ergreifen müsste. Dieser Vorschlag würde es mithin ermöglichen -wenn auch auf indirekte Weise,- eine Art Kompetenzkatalog der Mitgliedstaaten zu erarbeiten. Diese Frage muss allerdings noch eingehender erörtert werden.

Einige andere Teilnehmer sprachen sich gegen den Gedanken der Auflistung von Zuständigkeiten (der Union) oder etwa der Untergliederung von Zuständigkeiten in einzelne Kategorien aus, die unmittelbar nach ihrer Einführung bereits überholt sein könnten.

Einzelne Mitglieder erklärten sich außerdem überzeugt davon, dass in den Vertrag nach dem Kapitel "Zuständigkeiten" ein neues Kapitel "Instrumente für das Handeln der Union" eingefügt werden könnte. In diesem Zusammenhang wurde beantragt, die offene Koordinierungsmethode in das Instrumentarium aufzunehmen.

Andere Teilnehmer erwogen, die Intensität des Handelns der Union für jede einzelne Art von Instrument näher zu bestimmen; sie betonten indessen auch, dass die Aufstellung einer erschöpfenden Liste von Instrumenten für jede Kompetenzkategorie vermieden werden müsse, um der Union eine gewisse Flexibilität für die Gewährleistung der Effizienz ihres Handelns zu bewahren.

Andere Mitglieder, einschließlich der Kommission, erklärten indessen, es sei in jedem Falle möglich und wünschenswert, die Zahl der von der Union in den ergänzenden Zuständigkeitsbereichen verwendeten Instrumente (Schlussfolgerungen des Rates, Entschlüsse, Empfehlungen usw.) zu verringern. In den meisten Fällen handele es sich um Instrumente, die zwar nicht verbindlich seien, durch ihre große Zahl jedoch den Eindruck erweckten, dass die Einflussnahme der Union auf Bereiche, die nach dem Vertrag den Mitgliedstaaten vorbehalten seien, überhand nehme.

Viele Mitglieder betonten im Übrigen, dass auf gewisse Wahrnehmungen in der Öffentlichkeit, dass die Union ihre Zuständigkeitsbereiche immer weiter ausdehne, reagiert werden müsse, und sprachen sich dafür aus, Formulierungen in die Verträge aufzunehmen, die den Bürgern ihre Befürchtungen nehmen würden, und zwar in der Weise, dass die Grenzen des Handelns der Union sinnfälliger erläutert und bestimmte "Rechte" der Staaten (vgl. die in WD 005 WGV vorgeschlagenen Varianten) klarer dargelegt würden.

Hierbei wurde dem "politischen" Modell der Vorzug gegeben, und ein Teilnehmer vertrat den Standpunkt, dass es sinnvoll wäre, eine "Charta der Rechte und Pflichten der Mitgliedstaaten" zu verfassen, die nach der Charta der Grundrechte eingefügt werden könnte.

In dem Bestreben, der Öffentlichkeit "Sicherheiten" zu bieten, schlugen mehrere Mitglieder vor, in den unter die ergänzenden Zuständigkeiten fallenden Bereichen den Begriff "Zuständigkeiten" der Union durch den Begriff "Maßnahmen" zu ersetzen, da dieser "schwächer" sei und somit dazu beitragen könnte, die Möglichkeit von Rechtsetzungsaktivitäten seitens der europäischen Organe auszuschließen.

Andere Mitglieder bestritten, dass dieser Weg verfolgt werden könne, denn um "Maßnahmen" erlassen zu können, müsse die Union immerhin über spezifische Zuständigkeiten verfügen.

Die Tragweite und die Ziele (Beseitigung der Hindernisse für die vier Grundfreiheiten) der Gemeinschaftsaktion für den Binnenmarkt in den unter die ergänzenden Zuständigkeiten fallenden Bereichen wurden ebenso geklärt wie die bereits im Vertrag vorgesehenen Schutzmaßnahmen gegen eine Aushöhlung der Befugnisse der Mitgliedstaaten.

Die meisten Teilnehmer führten aus, dass eine Ausgewogenheit zwischen den Forderungen nach Klarheit und denjenigen nach Flexibilität des Systems angestrebt werden sollte. Einige schlugen vor, Artikel 308 "Flexibilitätsklausel" zu nennen, um dem Bürger den Zweck dieses Artikels verständlicher zu machen. Andere regten an, Artikel 308 vom Schlussteil des Vertrags in das künftige Kapitel "Zuständigkeiten" zu verlagern, um deutlicher zum Ausdruck zu bringen, dass der Zweck dieser Bestimmung nicht darin bestehe, neue Zuständigkeiten zu schaffen, sondern darin, der Union die Verwirklichung ihrer Ziele zu ermöglichen. Andere meinten, dass mit der Übernahme dieses Artikels in das "neue" Kapitel "Zuständigkeiten" sich der Eindruck, Artikel 308 diene tatsächlich dazu, die Union mit zusätzlichen Befugnissen auszustatten, noch verstärken könnte.

Ein Teilnehmer schlug vor, die Artikel 94, 95 und 308 zu streichen.

Einzelne Mitglieder schlugen vor, die Artikel betreffend die ergänzenden Zuständigkeiten umzuformulieren und in wenigen Zeilen die Ziele und die Tragweite des Handelns der Union darzulegen. Diese neuen Artikel sollten im neuen Verfassungsvertrag stehen, während die derzeitigen Bestimmungen, die viel umfangreicher und ausführlicher seien, in dem beigefügten Vertrag betreffend die Politiken der Union enthalten sein würden.

Es wurde die Frage aufgeworfen, ob der gemeinschaftliche Besitzstand weiterhin als "unantastbar" gelten oder aber aktualisiert oder geändert werden sollte.

Während der Aussprache erteilte der Vorsitzende Frau Hjelm-Wallen das Wort, die ein Dokument über Transparenz und verantwortungsvolle Staatsführung vorstellte. Das Präsidium beauftragte die Gruppe "Ergänzende Zuständigkeiten", auch zu diesem Fragenkomplex Überlegungen anzustellen. Eine interinstitutionelle Vereinbarung zum Handeln der europäischen Organe wird zurzeit vorbereitet. Mehrere Teilnehmer unterstützten den Beitrag von Frau Hjelm-Wallen und betonten, dass das größte Problem in den Mitgliedstaaten liege.

Im Anschluss an eine erste Aussprache zu diesem Thema ersuchte der Vorsitzende Frau Hjelm-Wallen, für die nächste Gruppensitzung einen ausführlicheren Beitrag vorzubereiten.

### **Operative Schlussfolgerungen**

- Der Vorsitzende bat Herrn Altmaier, mit Unterstützung des Sekretariats und seiner Mitarbeiter eine zweite Fassung seines Beitrags auszuarbeiten, um den Ergebnissen der Gruppenberatung vom 17. Juli 2002 Rechnung zu tragen. Er ersuchte die Mitglieder der Gruppe, dem Sekretariat spätestens bis 5. August 2002 etwaige Beiträge betreffend die von ihnen gewünschten Änderungen am zuletzt genannten Dokument bzw. Ergänzungen dazu zuzuleiten.
- Der Vorsitzende ersuchte das Sekretariat, ein neues Synthesepapier zu den ergänzenden Zuständigkeiten (Definition unter Zusammenfassung gemeinsamer Merkmale, Festlegung der Handlungsbereiche, Instrumente) auszuarbeiten. In diesem Zusammenhang ersuchte er die Mitglieder der Gruppe, dem Sekretariat bis zum 5. August 2002 auch Beiträge zu etwaigen Vorschlägen für eine Änderung des derzeitigen Vertrags zu übermitteln.
- Der Vorsitzende bat Frau Hjelm-Wallen, dem Sekretariat bis zum 5. August 2002 ein Synthesepapier zur verantwortungsvollen Staatsführung vorzulegen.

- Die drei Dokumente werden im Hinblick auf die Sitzung am 6. September 2002 verteilt.
  - Die Wahrnehmung der funktionellen Zuständigkeiten könnte gegebenenfalls auch durch die Schaffung neuer Rechtsgrundlagen eingeschränkt werden. Hierzu könnten von den Mitgliedern entsprechende Beiträge vorgelegt werden.
  - Der Vorsitzende erklärte, zur nächsten Sitzung sollten zweckmäßigerweise die Vorsitzenden der Gruppen "Subsidiaritätsprinzip", "Einzelstaatliche Parlamente" bzw. "Rechtspersönlichkeit" eingeladen werden, um zu analysieren, welche möglichen Zusammenhänge zwischen den derzeit in den verschiedenen Gremien laufenden Erörterungen bestehen.
  - Der Vorsitzende schlug vor, zur nächsten Sitzung am 6. September 2002 auch Herrn Peterle (Vertreter der Beitrittsländer im Präsidium) einzuladen, um seine Überlegungen zu den Themen kulturelle und sprachliche Vielfalt zu hören, da das Präsidium diese Gruppe gebeten habe, auch diese Aspekte eingehender zu erörtern.
-